

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB begründet die Notwendigkeit einer Prüfung von Kohls plötzlicher Abrüstungsbereitschaft: Wiederaufflackern des Pershing IA-Konflikts vorprogrammiert.
Seite 1

Barbara Simons MdEP fordert die Unterstützung Bonn für den Kampf der schwarzen Gewerkschaftler Südafrikas für Freiheit und Menschenrechte: Bundesregierung soll Bergarbeiterstreik unterstützen.
Seite 2

Eckart Kuhlwein MdB beleuchtet den ideologischen Hintergrund der Abschaffung des Fachs „Gesellschaftslehre“: Der „Schulkampf in Hessen“.
Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB plädiert für eine Neubestimmung des Verhältnisses von Produktion und Natur: Umwelt als Schöpfung.
Seite 5

42. Jahrgang / 162

27. August 1987

Wiederaufflackern des Pershing IA-Konflikts vorprogrammiert

Die Nagelprobe steht noch aus

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die gestrige Erklärung von Bundeskanzler Kohl ist nur denkbar durch die von der SPD beantragte Sondersitzung des Bundestages, mit der Kohl in zeitlichen Verzug gebracht wurde. Unübersehbar bleibt, daß seine Erklärung nicht nur in krassem Gegensatz zu den bisherigen Stellungnahmen der CDU/CSU zur Pershing IA steht, sondern auch zu den heute im „Bayern-Kurier“ veröffentlichten Aussagen des CSU-Generalsekretärs Tandler: Dieser bezeichnet noch heute einen deutschen Verzicht auf die Pershing IA als „unverantwortlich“ und als Verstoß „gegen unsere Sicherheitsinteressen“ - die Pershing IA dürfe nicht auf dem „Altar sowjetischen Wohlwollens“ geopfert werden. Auch wenn dieser Artikel vor der Regierungserklärung Kohls verfaßt wurde, deutet er darauf hin, daß der Pershing IA-Konflikt in der Bundesregierung weiter kocht.

Wir können davon ausgehen, daß die CSU jetzt die Positionen weiter hochhaken wird, die in den vergangenen Wochen einvernehmlich von CDU und CSU vertreten wurden. Schon deshalb bleibt die Sondersitzung des Bundestages notwendig.

Die CDU muß sich fragen lassen, ob sie die in den letzten Wochen genannten Gründe für ein Festhalten an der Pershing IA ernst gemeint hat. Wenn ja, so ist der Widerstand gegen den deutschen Verzicht auf die Pershing IA aus ihren Reihen vorprogrammiert - mit der CSU als Speerspitze. Hätte die CDU/CSU ihre Argumente nicht ernst gemeint, muß sie sich demgegenüber fragen lassen, von welchem Teufel sie geritten war, als sie wochenlang die Abrüstungsverhandlungen wegen der Pershing IA blockierte.

So ist zu vermuten, daß die Erklärung Kohls vor allem im zeitlichen Zusammenhang mit der Landtagswahl in Schleswig-Holstein steht, um dort ein Desaster der CDU wegen ihrer Abrüstungsblockade zu verhindern. Solange die Erklärung Kohls nicht in eindeutiger und verbindlicher Weise zu einem Verzicht auf die Pershing IA in Zusammenhang mit der Null-Lösung mündet, ist zu vermuten, daß die CDU/CSU nach Gelegenheiten suchen wird, später doch noch die Modernisierung der Pershing IA zu betreiben. Die von der SPD beantragte Sondersitzung des Bundestages hat deshalb nach wie vor die Aufgabe einer Nagelprobe der Bundesregierung auf ihre Abrüstungsbereitschaft.

Wenn Kohl seiner gestrigen Erklärung die notwendigen Taten folgen lassen will, müßte er bereit sein, den SPD-Antrag für die Sondersitzung zu unterschreiben oder mindestens dafür sorgen, daß die Regierungsparteien einen gleichlautenden Antrag einbringen.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

(- / 27.8.1987 / 162)



Bundesregierung soll Bergarbeiterstreik in Südafrika unterstützen

Regime Botha ist an seiner empfindlichsten Stelle verwundbar

Von Barbara Simons MdEP
 Südafrikasprecherin der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Die südafrikanischen Bergarbeiter haben einmütig beschlossen, ihren Streik fortzusetzen. Es ist der größte und wichtigste Arbeitskampf in der Geschichte der Gewerkschaften am Kap. Dieser Ausstand ist als historisches Ereignis zu werten. Er hat eine neue Phase im Befreiungskampf eingeleitet. Wie auch immer der Ausgang sein wird: er ist ein phänomenaler Erfolg der jungen, selbstbewußten südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung. Die Verhängung wirkungsvoller Maßnahmen gegen das Apartheidregime und umfangreiche Hilfe für den südafrikanischen Widerstand sind die Form der Solidarität, die die schwarzen Arbeiter jetzt von uns erwarten.

Alle, die sich für einen friedlichen Wandel in Südafrika einsetzen, sind aufgefordert, sich auf die Seite des unterdrückten Volkes zu stellen und den Arbeitskampf zu unterstützen. Unglaublich ist es, wie die Bundesregierung hin- und herzittert, ob Arbeitsminister Blüm nach Südafrika reist oder Bundeskanzler Kohl glaubt, daß er nicht fährt. Dieses schlaffe Getue in Bonn mutet wie Hohn an. Die Bundesregierung muß jetzt vielmehr ihren Teil zu einer kohärenten Südafrika-Politik der Europäischen Gemeinschaft beitragen. Die Eckpunkte dafür sind längst gesetzt. Das Europäische Parlament hat seit langem umfangreiche Vorschläge für wirkungsvolle Maßnahmen gegen das Apartheidregime vorgelegt. Die fortschrittliche dänische EG-Ratspräsidentschaft hat diese aufgegriffen. Doch Bonn bremst noch. Die Bundesregierung und Bundesaußenminister Genscher sind daher dringend aufgefordert, sich im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit für das Verbot des Imports südafrikanischer Kohle in die EG-Staaten einzusetzen. Zudem muß die EG die eingeleiteten positiven Maßnahmen zugunsten der Opfer der Apartheid, insbesondere Unterstützung der Gewerkschaften, intensivieren.

Der Streik der Bergarbeiter beweist den Machthabern am Kap und der Weltöffentlichkeit, daß das Apartheid-System an seiner empfindlichsten Stelle verwundbar ist. Der Gold- und Kohleexport ist die wichtigste Devisenquelle Südafrikas. Die Bergbaukonzerne und die Regierung Botha können nicht hinnehmen, daß dieser Wirtschaftszweig auf lange Zeit lahmgelegt ist. Druck auf die weiße Minderheit ist also möglich.

Die Streikenden nehmen dabei viel auf sich. Arbeitskämpfe in Südafrika erfordern große Opfer der Arbeiter. Streikende erhalten keine Löhne, Streikgelder können und dürfen die Gewerkschaften nicht zahlen. Der Arbeitskampf ist somit ein großes Zeichen der Hoffnung für den gesamten Widerstand in Südafrika. Er ist ein Beweis für die demokratische Kraft der jungen südafrikanischen Gewerkschaften, gleichzeitig Tariffkampf und politischer Kampf. Die Einigkeit und der Zusammenhalt der schwarzen Industriearbeiterschaft zeigt nicht nur den hohen Grad der gewerkschaftlichen Solidarität, sondern verdeutlicht auch den unbeugsamen Willen, Freiheit und Menschenrechte zu erlangen. Dabei ist unsere Unterstützung gefordert.

(-/27.8.1987/st/ks)

* * *



Der Schulkampf in Hessen

Anpassung und Unterwürfigkeit als Erziehungsziele

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Bundestages

Die schwarze Landesregierung in Hessen unter Walter Wallmann macht die Schulen zum entscheidenden Feld der Wende nach rückwärts. Nachdem sofort nach dem Regierungswechsel als erstes großes Vorhaben ohne Rücksicht auf die betroffenen Schülerinnen und Schüler das Kernstück der Strukturreform der hessischen Schulen, nämlich die flächendeckende obligatorische Förderstufe, beseitigt wurde, geht es jetzt an die Inhalte.

Der neue CDU-Kultusminister Christean Wagner hat angekündigt, das Fach „Gesellschaftslehre“ werde möglichst bald abgeschafft. Statt dessen soll es wieder Geschichte, Sozialkunde und Geographie als einzelfächer geben. Zur Begründung trug der Kultusminister vor, daß keine „Gesellschafts-Veränderungspolitik“ in die Schulen hineingetragen werden dürfe.

Zu fragen ist, für wie dumm und unaufgeklärt der hessische Kultusminister eigentlich die Eltern und Schülerinnen und Schüler hält, um annehmen zu können, daß nicht umgekehrt seine Absicht sich als „Gesellschafts-Veränderungspolitik“ entlarvt. Die konservative Masche ist bekannt: Es wird so getan, als gebe es objektives Wissen und Wahrheiten, also die objektive Geschichte, Sozialkunde und Geographie, obwohl in Wahrheit das konservativ-reaktionäre Gedankengut der jeweiligen Fachdisziplinen und ihrer entsprechenden Vertreter in Wissenschaft, Pseudowissenschaft und der Politik als objektiv - also nicht mehr hinterfragbar - zum verbindlichen Kanon gemacht werden soll. Dieses hat in Deutschland sowohl in der Wissenschaft wie auch in der Politik eine verhängnisvolle Tradition: Das Konservativ-Reaktionäre versteht sich von selbst, bedarf keiner Erklärung und Rechtfertigung, während alles, was in freiheitlich-demokratischer Tradition steht, verdächtig erscheint, sich dauernd rechtfertigen muß, und zu bekämpfen und möglichst zu beseitigen ist, wenn die politische Macht es erlaubt.

Wenn der CDU-Kultusminister fordert, den Schülern (die Schülerinnen kommen natürlich nicht vor) müsse wieder solides geschichtliches und geographisches Wissen sowie Kenntnisse über den Staat, seine Organe und die Demokratie vermittelt werden, geht es in Wahrheit um Indoktrination, Anpas-



sung und Unterwürfigkeit statt um Dialog, Auseinandersetzung, kritisches Hinterfragen und die daraus gewonnene Fähigkeit, solidarisch in einer Gesellschaft zu handeln, die der Veränderung und Verbesserung wahrlich noch immer bedarf.

Natürlich können grundsätzlich die in den Rahmenlehrplänen für das Fach „Gesellschaftslehre“ festgelegten Unterrichtsziele auch in getrennten Fächern angestrebt werden. Darum geht es dem hessischen Kultusminister aber nicht, sondern einzig darum, den nach langer, intensiver und in aller Öffentlichkeit geführter Diskussion erreichten Konsens über das Fach „Gesellschaftslehre“ als Integrationsfach aus Geschichte, Geographie und Sozialkunde durch ministerielle Anordnung bei Unterdrückung öffentlicher Diskussion wieder zu zerschlagen.

Das hilfswise von Kultusminister Wagner noch herangezogene Argument, das Fach „Gesellschaftslehre“ werde von Lehrern unterrichtet, die dafür überhaupt keine Ausbildung an den Hochschulen hätten, weil es an den Hochschulen den entsprechenden Studiengang nicht gebe, zeigt - wenn das Argument überhaupt ernst gemeint ist - die gründliche didaktische und pädagogische Unbedarftheit des neuen hessischen Kultusministers. Denn es ist bekanntlich nicht die Aufgabe der Schule, die an den Hochschulen gelehrtten Wissenschaften in ihrer historisch gewordenen und oft unsinnigen Aufteilung nach Fachdisziplinen auf die Schule zu übertragen. Mindestens das sollte jemand begriffen haben, bevor er Kultusminister und damit für die Schulen verantwortlich wird.

Hinter dem durchsichtigen Firnis der verschiedenen Begründungen zur Abschaffung des Faches „Gesellschaftslehre“ verbirgt sich deshalb in Wahrheit etwas anderes: Die Angst der Konservativen vor aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern. Aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger will zwar auch unser Grundgesetz, aber was schert das einen CDU-Kultusminister, wenn es darum geht, die mit knaptester Mehrheit errungene Macht auf Dauer zu festigen. Dieses Bestreben der Machtsicherung ist auch das bewegende Moment hinter der von den CDU-Kultusministern geforderten Zerschlagung der reformierten Oberstufe. Es geht auch dabei keineswegs um die Beantwortung der berechtigten Frage, was Abiturientinnen und Abiturienten lernen müssen, um sinnvoll studieren zu können, sondern darum, wie die Heranbildung einer jungen konservativ-reaktionären Elite abgesichert werden kann.

(-/27.8.1987/st/ks)

* * *



Umwelt als Schöpfung

Die bewahrende Aufgabe der Politik

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die in der Geschichte und den verschiedenen Kulturen der Völker überlieferten moralischen und ethischen Vorstellungen sind vielfältig und unterschiedlich, auch was das Verhältnis des Menschen zur Natur angeht. Diese Vorstellungen auf einen Nenner zu bringen, ist unmöglich. Eine alle verpflichtende Kraft entspringt ihnen nicht.

Bundespräsident von Weizsäcker hat davon gesprochen, daß der Umweltschutz zur Überlebensfrage der Menschheit geworden sei. Das ist richtig: Der Schutz der Natur um ihrer selbst willen und um der Zukunft der Menschheit, die ohne diese Natur nicht existieren kann, wird angesichts der Folgen bisheriger industrieller Entwicklung notwendig. Wer drohende Not abwenden will, muß ein neues Verhalten der Menschen zur Natur herbeiführen.

Ein gemeinsamer ethischer Nenner würde demgemäß darin bestehen, daß das Verhalten jedes Menschen und jeder Gruppe von Menschen im Prinzip so verallgemeinerbar sein muß, daß es die Lebensgrundlagen erhält und sichert, auch wenn jeder und alle das gleiche im Verhältnis zur Natur und ihrer Nutzung und im Verhältnis der Menschen untereinander tun. Diese Maxime hat ganz gewaltige Konsequenzen, zum Beispiel in Bezug auf die Beanspruchung der natürlichen Ressourcen und die Anteile weniger Industrieländer am Energieverbrauch der gesamten Zivilisation auf der Erde. In den Worten christlicher Tradition kann man auch von der notwendigen Bewahrung der Schöpfung sprechen. Sich die Erde untertan zu machen, kann nicht heißen, sie zerstören zu dürfen. Ergibt sich daraus ein „neues“ Sittengesetz? Kann man einsichtig machen - überall auf der Erde -, daß schöpfungsbewahrendes Verhalten sittlich geboten und schöpfungszerstörendes Verhalten existenzgefährdend ist?

Voraussetzung für eine solche gemeinsame Einsicht der Menschheit ist ein ökologisch geprägtes Verständnis von der Welt und des wichtigsten neuzeitlichen Instrumentariums zu ihrem Begreifen und Verändern, von Wissenschaft und Technik. Ob es rechtzeitig lernbar ist, daß die Verminderung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auch lebensbedrohend für die Menschheit ist, wird zur Überlebensfrage menschlicher Kulturen. Nicht die für viele Naturwissenschaftler und manche Politiker interessante Aufgabe steht an: Schöpfung und Schaffung einer zweiten Natur durch Erzeugung künstlicher Elemente und durch Gen-Manipulation, sondern das Problem der Bewahrung der ersten vorgefundenen Natur und Auffinden und Befolgen der in ihr angelegten und enthaltenen Maßstäbe für den Umgang der Menschheit mit ihrer Erde und untereinander.

Nimmt man solche Absicht ernst, dann müssen Politik und Politiker in industriellen Gesellschaften deren Entwicklung entsprechend steuern: was schöpfungszerstörend ist, muß beendet, was schöpfungsbewahrend ist, gefördert werden. Tschernobyl und die Katastrophen „der chemischen Reinigung des Rheines“ haben demonstriert, was wir aus anderen Ereignissen und Entwicklungen schon längst hätten lernen müssen: daß eine Umlenkung industrieller Erzeugungsprozesse nötig ist, so daß bei keiner Zwischenstufe und keinem Endprodukt Schadstoffe entstehen, die schon in kleinsten Mengen oder in größeren Quantitäten Risiken beinhalten und nachfolgende Generationen belasten. Die für die industrielle Produktion notwendigen Rohstoffe müssen auf eine Weise verarbeitet werden, die ihre Wiederverwendbarkeit - mindestens aber die Unschädlichkeit und dazu gehört in die Zukunft verlängert auch das Nichtaufbrauchen begrenzter stofflicher Vorräte der Erde - der Zwischen- und Endprodukte sichert. Die Rohstoffentnahme aus der Natur muß also minimiert, die Wiederverwendbarkeit des im Verlauf der Geschichte bereits eingesetzten Materials maximiert werden.



Im Selbstlauf entwickeln sich industrielle Gesellschaften keineswegs in diese Richtung. Sie nutzen vielmehr die Natur oft zum Nulltarif und bewirken Zerstörungen, die sich oft erst Jahrzehnte später als „Kosten“ zeigen. Dann haben die Menschen sich an die Zerstörung als „natürlich“ und „unvermeidlich“ gewöhnt.

Den Politikern ist dies abstrakt hinlänglich klar - man braucht nur die Reden des Bundespräsidenten zu lesen. Dramatische Warnungen in der Form des Waldsterbens, der Verteuerung der Gewinnung des Trinkwassers, der Verschmutzung der Oberflächengewässer, des Verschwindens von Tierarten und der Mißbildung bei Tieren und Pflanzen gibt es genug. Die Folgerung ist auch klar: Umsteuern und Umorganisieren der Produktionsprozesse. Allerdings: Die konkrete Entscheidung entsprechend dieser Einsicht ist bei unterschiedlichen und gegenstehenden Interessenlagen weniger klar und selbstverständlich.

Schöpfungsbewahrung als Sittengesetz - auch darauf könnte man sich in der Bundesrepublik und darüber hinaus verständigen. Soll aber das Sittengesetz Vorrang haben, wenn es mit den Ertrags- und Einkommensinteressen von Betrieben und Menschen in Konflikt gerät? Wie kann und soll dieser Vorrang gesellschaftlich organisiert und durchgesetzt werden? Sittliche Gebote einhalten, statt Geld verdienen?

Politik soll den Interessen der Menschen dienen und sie ausgleichen, bündeln und umsetzen. Was aber, wenn diese nicht „aufgeklärt“ sind? Aufklärung bedeutet hier Einsicht in die zum Überleben der eigenen Art notwendigen Voraussetzungen. Solche Einsicht ist das langfristige Interesse der Menschen, das die Erhaltung der Natur mit einschließt. Aber kurzfristig gibt es immer welche, denen die ihnen selbst folgende Sintflut gleichgültig ist. Gebietet das Sittengesetz als langfristiges Interesse den Konflikt mit den kurzfristigen Interessen? Wer finanziert die Politiker, die diesen Konflikt aufnehmen? Welche kurzfristigen Interessen finanzieren die ihnen gemäße Politik?

Fazit: Das Verhältnis von Ethik und Politik ist unter diesen Aspekten das von Münchhausen und seinem Zopf mit dem entscheidenden Unterschied: Münchhausen ist eine Lügengeschichte, seine Lösung eine Selbsttäuschung.

Die ökologische Gefährdung der Welt ist real, die Lösung kann nicht Täuschung und Selbsttäuschung sein, sondern nur Aufklärung und Vernunft. In der Politik aber gewinnt eher eine Steuerreform die Qualität eines ethischen Gebotes, als daß ethisch Gebotenes mit finanzieller Macht und Möglichkeiten ausgestattet würde. Das politische Reden über Ethik wird dann zum schönen Schleier, der ihre Bedeutungslosigkeit verbirgt.

(-/27.2.1987/st/ka)

* * *

